

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 22. September 1904.

№ 110.

**Achtung!** Bestellungen auf das IV. Quartal des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

### Zur Lehrlingsfrage.

II.

Die Prinzipalität steht auf dem Standpunkte, in die Lehrlingsverhältnisse, soweit die Ausbildung der jungen Leute in Frage kommt, hätte die Gehilfenschaft nichts hineinzureden. Das ist grundfalsch, denn die Gehilfenschaft, nicht die Prinzipalität leidet unter der Schmutzkonkurrenz; gewerblich ungenügend ausgebildeter Gehilfen; die Gehilfenschaft hat die Millionen aufzubringen, womit sie durch die Arbeitslosigkeit belastet wird, die zum Teile auch in dem andauernd hohen Krankenstande zum Ausdruck kommt, wobei noch zu beachten, daß infolge mangelnder Rücksicht auf die gesundheitlichen und körperlichen Eigenschaften des Lehrlings bei seiner Einstellung dies entweder einen frühen Tod oder ungemessene materielle Unterstützungen durch die Gehilfenschaften im Gefolge hat. Welche unerhörte Lasten einzig und allein auf den Schultern der Gehilfen ruhen, mag der Rechenschaftsbericht des Verbandes vom Jahre 1903 beweisen. Danach hatte derselbe rund 900 000 Tage Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Rechnet man für jeden Tag nur 4 Mk. Arbeitslohnentgang, so ergibt dies die Summe von 3 600 000 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden bezahlt 785 600 Mk., so daß also das Kapitel Arbeitslosigkeit die Summe von 4 400 000 Mk. ausmacht. Krankentage wurden 400 000 gezahlt, gibt bei obiger Berechnung 1 600 000 Mk.; an Krankengeld wurden bezahlt 583 600 Mk., somit resultiert hier eine Summe von 2 200 000 Mk. Arbeitslosigkeit und Krankheit erscheinen also in dem Geschäftsberichte des Verbandes mit einem baren Aufwande von rund 1 370 000 Mk. — in einem einzigen Jahre! Hinzu kommt eine Arbeitslohnentgang von über fünf Millionen Mark! Diese Opfer erfordert das Gewerbe von seiner Gehilfenschaft!

Nun kann man selbstverständlich nicht in vollem Umfange die Prinzipalität allein dafür verantwortlich machen, denn ganz kann die Arbeitslosigkeit, wie schon gesagt, unter der gegenwärtigen Produktionsweise nicht verschwinden und Krankheiten wird es auch im Zukunftsstaate geben. Aber soweit durch bedingungslose Lehrlingsannahme mit darauffolgender vierjähriger einseitiger Ausbildung und desto größerer Ausnützung als billige Arbeitskraft desolante Verhältnisse im Gewerbe geschaffen und schwere Schädigungen der Gehilfenschaft zugefügt werden, muß die Prinzipalität bereit sein, mit der Gehilfenschaft praktisch wirksame Mittel zur Abhilfe zu suchen. Vor allem hat hier die Selbsthilfe einzugreifen, denn bis der Staat sich bemüht fühlt, wirklich einmal moderne und mögliche Handwerksrettung zu treiben, bis dahin wird inzwischen der jüngste Sessler alt und krank und nervenschwach in einem Hospitale dem Ende seiner Tage nahe sein.

In dieser Beziehung geben wir durchaus dem „Zimmerer“ recht, der vor kurzem schrieb:

„Der Staat, der jeden prüft, ob er sich geistig und körperlich zum Tragen der Platte und zum Paradedemarsche eignet, hat sich durchaus nicht darum bekümmert, ob seine heranwachsende Jugend sich zu den Berufen befähigt zeigt, die für das ganze Leben beim Eintritte in die Lehre bestimmt werden. Die Forderungen der Ärzte und Sozialpolitiker, daß jeder angehende Lehrling vor der Berufswahl ärztlich untersucht werde, sind im wesentlichen erfolglos geblieben, obgleich man wohl behaupten könnte, daß eine derartige Untersuchung auch im Interesse des Militarismus liegen würde. Wird doch in der Zeit zwischen Schulentlassung und Aushebung zum Militär so mancher durch einen ungeeigneten Beruf zum Soldaten ungeeignet gemacht. Vielleicht wird diese Rücksicht den Staat einmal veranlassen, die Rekrutierung zum gewerblichen Berufe zu kontrollieren. Hauptsächlich ist es dann nicht zu spät und die Degenerierung breiter Volksschichten nicht zu weit vorgeschritten.“

Bis der Staat derartigen Gedanken einmal praktisch Rechnung tragen wird, so lange können wir nicht warten, während wir andererseits dem Staate erst zeigen müssen, was dem Gewerbe not tut. Es müssen deshalb u. G. im Tarife bestimmte Normen für die LehrlingsEinstellung und -ausbildung aufgenommen werden, wenn wir nicht mit leeren Protesten noch weitere Jahrzehnte vertödeln sollen. Nur an einem solchen Entgegenkommen der Prinzipale wäre zu erkennen, daß es ihnen Ernst ist mit einem gründlichen Aufbau in der gewerblichen Ordnung. Nicht um Einzelheiten und Kleinigkeiten, nicht um eine Verschneidung der Rechte des Lehrherrn kann es sich hierbei handeln, sondern um die Tendenz, um den ernstlichen Willen, daß die geistig und körperlich Tüchtigsten gerade gut genug sind für unsern immer komplizierter sich gestaltenden Beruf. So wie die Dinge heute liegen, führen sie mit apodiktischer Sicherheit für die Gehilfenschaft zu immer unerträglicheren Verhältnissen und alle Fachclubs usw. können den Mangel an technischem Können nicht ersehen, was die Lehrzeit dem Einzelnen nicht bezwebracht hat. Wir haben bereits in neuen Handwerksgeetze einen Vorwurf dafür, daß arifisch das getan werden könnte, was in der Lehrlingsfrage den Zinungen an Aufgaben zugebacht war. Die §§ 94c und 103n, die von der Ueberwachung der Lehrlingsausbildung handeln, können wir doch in irgend einer Form im Tarife festlegen und — was ihnen durch die Zinungen versagt blieb — wirksam machen. Es bedarf hierzu nur des guten Willens der tariftreuen Prinzipalität. Das haben wir schon ausführlich in unsrer vorjährigen Artikelserie „Aus der Zeit — für die Zeit“ begründet.

Im ersten Artikel haben wir bereits darauf hingewiesen, daß von der Lehrlingsfrage auch die ferneren materiellen Verbesserungen des Tarifses abhängig sind. Was ermöglicht heute die Schmutzkonkurrenz? Eine unerhörte Lehrlingsausbeutung und das Bemühen technisch minderwertiger Kräfte, um jeden Preis Konkurrenz zu erhalten. Die täglichen Erfahrungen beweisen dies. Würde beispielsweise das Gros der Gutenberg-Bändler nicht aus technisch mangelhaft ausgebildeten Gehilfen bestehen, hätten sie es nicht nötig, unter allen Bedingungen dort einzuspringen, wo Bändler um der Verbesserung der Arbeitsverhält-

nisse willen die Druckereien verlassen. Dies alles zwingt häufig auch loyale Prinzipale, mehr und mehr der Preisbildung für Druckfachen nachzukommen, wie sie von solch billigen Prinzipalen, deren Zahl leider nicht gering ist, auf Grund der Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte möglich gemacht wird. Tritt daher keine Regenerierung in den Lehrlingsverhältnissen ein und vor allem in der Qualität der Lehrlinge, verschlechtert sich ein großer Teil des Gehilfenmaterials, das wiederum dadurch zu willigen Objekten der Ausbeutung heruntersinkt. Dann läßt sich auch keine wesentliche materielle Verbesserung des Tarifses durchsetzen, weil die bewilligungsunlustigen Prinzipale sich hinter die Front eines Ueberangebotes von Arbeitskräften und die Opfer der Lehrlingszucht und -ausbeutung zurückziehen können. In dieser Beziehung sind die Prinzipale weder wirtschaftlich noch sozial weitblickend genug, um durch Straffe gewerbliche Gesetze einen Damm gegen die geschilderten Schäden aufzuwerfen. Darum bleibt uns Gehilfen nur übrig, aus Eignem die bessernde Hand anzulegen und die Prinzipale zur Mitarbeit zu zwingen.

Welches Programm sollen wir nun in der Lehrlingsfrage praktisch verfolgen? Nach dem Boraufgegangenen ist das nicht mehr schwer zu schlußfolgern. Wir müssen besorgt sein, daß:

1. genügende Aufklärung über die derzeitige Entwicklung des Gewerbes und die Lehrlingsverhältnisse in die breiteste Öffentlichkeit gelangt. Zu diesem Zwecke eignen sich am besten gedruckte Darlegungen, deren zweckmäßige Verbreitung nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu geschehen hat. Eltern und Vormünder sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre Pfllegebefohlenen nur in tariftreue Druckereien in die Lehre geben, welche Agitation dadurch erleichtert wird, weil auch die Tagespresse der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ein gewisses Interesse entgegenbringt.

2. Die uns zur Verfügung stehenden Hilfsmittel (Tarifinstitutionen, Handwerkskammern, der § 128 der Gewerbeordnung, die Öffentlichkeit) müssen bei jeder passenden Gelegenheit zum Zwecke der Bekämpfung und der dauernden Beunruhigung der Lehrlingszüchter in Anspruch genommen werden.

Diese mehr für die allgemeine Tätigkeit bestimmten Punkte sind zu vervollständigen durch tarifliche Bestimmungen, die sich erstrecken auf:

3. eine der Gehilfenzahl und der fortgeschrittenen Technik angepaßte Lehrlingskala.

4. Jeder Lehrling ist vor seiner Annahme ärztlich zu untersuchen und auf seine Gesundheit (Lunge, Augen, Herz) sowie unter Hinzuziehung von Gehilfen auf seine Schulbildung zu prüfen. Krankliche oder solche junge Leute, welche eine von dem eingesetzten örtlichen Prüfungsausschusse oder einem solchen des Kreis-Amtes als ungenügend zensierte Schulbildung verraten, dürfen als Lehrlinge nicht angenommen werden.

5. Lehrlinge dürfen in Druckereien nicht untergebracht werden, in welchen eine Garantie für eine umfassende technische Ausbildung des Lehrlings in den typographischen Hauptfächern nicht gegeben ist.

6. Jeder Lehrling ist in gewissen, am besten alljährlichen Zwischenräumen auf seine technischen Fortschritte zu prüfen.

7. Zu Ueberstunden sind Lehrlinge nicht heranzuziehen.

8. Die Lehrzeit ist durchgängig eine vierjährige. Es ließe sich noch eine Reihe von Bestimmungen in Vorschlag bringen, aber alles kann man nicht reglementieren, es muß eben beiderseits die eigene Initiative das Fehlende ergänzen. Die Hauptsache aber ist und bleibt, daß die Lehrlingsfrage in Fluß erhalten bleibt und daß die Vorstellungsweise korrigiert wird, als ob ausschließlich die Zahl der Lehrlinge der Uebel größtes sei. Allerdings ist es eine ausgemachte Sache, daß im Drucker- wie im Setzerjahe die 1886 gezeichnete Lehrlingskala zu den heutigen Verhältnissen nicht mehr paßt. Wenn die Zentralkommission der Maschinenverfer feststellt, daß in wenigen Jahren durch die Setzmaschine über 2000 Handsetzer verdrängt wurden und in der Statistik des Tarif-Amtes gesagt ist, daß z. B. auf 100 Drucker 40,31 Proz. Lehrlinge kommen, so ist das kein gesundes Verhältnis mehr und muß eine Reduzierung der Lehrlingskala angestrebt werden, wenn auch der frühere Arbeitersekretär Wiffel in Lübeck einmal in einem gewerkschaftlichen Vortrage sagte: „Wir würden in der Endkonsequenz sehen, daß durch die Lehrlingskala das Bildungsniveau und die Leistungsfähigkeit herabgedrückt und niedergedrückt werden und die weitere Folge wird sein, daß wir unser Endziel um in so weitere Ferne gerückt sehen... Die Lehrlingskassen sind kulturfeindlich, sie liegen nicht im Interesse der gesamten Volkswirtschaft.“ Wir sehen aber inzwischen auch in anderen Berufen Lehrlingskassen aufstellen und einführen und in den anderen Gewerkschaften wird jetzt ebenfalls die Bedeutung der Lehrlingsfrage für die künftige geistige und materielle Stellung der Berufsgenossen eingesehen. Was sonst noch über unser praktisches Verhalten als Gehilfen in der Druckerei den Lehrlingen gegenüber zu sagen wäre, ist vor nicht allzu langer Zeit erst wieder geschrieben, so daß wir es heute bei diesen Ausführungen bewenden lassen können.

## Rundschau.

Ferien! Die Buchdrucker von Gebr. Engelke in Berlin SO bewilligte ihrem Personale einen zweektägigen Urlaub. — Die Gehilfen der Buchdruckerei Bruno Beyer in Leipzig erhielten ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer drei Tage Urlaub.

Wie schreibst du richtig? Zu den Artikeln über den Buchdrucker-Duden, die in der jüngsten Zeit im „Corr.“ erschienen, wird uns von einem Berliner Kollegen noch geschrieben: „Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß von einem Verbandskollegen ein praktischer Vorstoß nach der Seite der Einheitlichkeit hin gemacht worden ist. Meines Erachtens hat Otto Koch-Berlin mit dem von ihm herausgegebenen 64 Seiten starken Handbuche „Wie schreibst du richtig? Von Heinrich Robert.“ (Preis 20 Pf.) etwas Brauchbares geschaffen. Hier haben wir in der Tat kein dicker Wörterbuch, das wir nicht brauchen, sondern einen Taschenratgeber, der seinen Zweck der Vereinfachung des Schriftwaars der Doppelschreibungen voll erfüllt. Die Lauttreue (Klitzgen zum Beispiel) ist der Leitstern des Werkes. Ueber Bord geworfen sind alle Wörter, deren Schreibung keinem Zweifel unterliegt, wie Bild, Gans, Kreis, Müß, Trant usw., dagegen findet man diejenigen Wörter in der gangbarsten Form allefam vor, von denen mehrfache Schreibungen bei Duden verzeichnet sind. Ich kann das Buch allen Buchdruckern als schätzbares Werkzeug einer schwierigen Frage bezeichnen.“

Eine reizende Namaste. Der in einer Nichttarifdrucker konditionierende Gutenberg-Bündler Eiser in Bremen hat, wie erinnerlich, den Plan zu einer neuen Arbeitervereinigung ausgeheckt, die ein Mittelglied zwischen Frankfurter Kongresserei und christlicher Gewerkschafterei bilden und den hochtrabenden Titel Deutschnationale Arbeiterunion führen sollte. Selbst von den Mitteilungen der christlichen Gewerkschaften fand das konfuse Projekt Eisers abschällige Beurteilung. Eiser und Genossen waren aber von dem Grundsatze ausgegangen, sich gleich unsterblich zu bliamieren und so berieten sie denn zum 25. September einen Kongress nach Bremen ein, der diese Festlegung sich besehen sollte. Aber nicht einmal zu einer wirklichen Gründung soll es nun kommen, denn der „Kongress“ wird aus taktischen Gründen und wegen zu schwacher Beteiligung nicht stattfinden. Auch hatte man das Wichtigste vergessen, nämlich eine Einladung an den Land-

rat von Blumenthal, den Protektor der geplanten Arbeiterunion, zu senden. Da dies aber eingestandenemachen „von ausschlaggebender Bedeutung“ für die Abhaltung des Kongresses, so unterbleibt die Gesandtschaft. Und über solche Hanswursterlei ließen sich die Gutenberg-Bündler auf ihrer Generalversammlung Vortrag halten!

Fest und unerjüchlerlich stehen unsere Eichen! Wie oft ist nicht im „Typograph“ mit vollen Waden der gläubigen Herde der Gutenberg-Bündler draußen im Lande die allen Angriffen trotze gute Konstitution des Gutenberg-Bundes gepriesen worden, an welchem Rochede bronze alle Kräfte des bösen Verbandes und des noch böseren „Corr.“ gleich Seifenblasen zerplatzen. Kundige Thebaner haben ob dieses Maulheldentumes immer herzlich gelacht und sich im Stillen auf den Moment gefreut, wo einmal wieder das Klappergeflügel dieser Unorganisations sich in aller Nacktheit zeigen wird. Dieser Augenblick ist jetzt abermals gekommen. Der Ortsverein in Hamburg des Gutenberg-Bundes rüstet nämlich zur Feier seines zehnjährigen Bestehens; ein Ereignis, das sich ja kein Verein entgehen läßt. Die „Zubelfeier“ des Hamburger Vereines nimmt sich in einem Einladungszieltulare dessen Vorstandes nun folgendermaßen aus:

Am 24. September d. J. vollendet der hiesige Ortsverein des Gutenberg-Bundes das zehnte Jahr seit seinem Bestehen. Nun sind ja leider die Verhältnisse in unserm Ortsvereine augenblicklich nicht dazu angetan, Feste zu feiern, wie dies ja unseren Mitgliebrern bekannt und wie es auch das diesjährige Johannisfest zur Genüge bewiesen hat. Am aber diesen Tag nicht lang- und klanglos vorübergehen zu lassen, hat der Vorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Mitglieder hierdurch zu einem Herrenkommers einzuladen, welcher am Sonnabend, 24. September d. J., abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Klostereller“ stattfindet. Wir hoffen, daß sich hierzu alle Mitglieder einfinden werden, da neben Unterhaltung, für welche ein Klavierpieler und ein Komiker engagiert sind, auch für eine genügende Menge Freibier Sorge getragen ist.“

Die Leipziger Gutenberg-Bündler lassen sich über ihre Misere von ihrem Vereinswirte durch Spendierung von Karosfalsal und Punsch hinwegtäuschen, in Hamburg muß der Vorstand zum Vereinsjubiläum aber schon eine genügende Menge Freibier aufzahlen und einen Komiker blutige Wipe reißen lassen, um seine Lieben und Getreuen, die den saulen Hauber bis zum Etel satt haben, wenigstens an diesem Tage einmal zusammenzutrommeln, was ihm zum Johannisfeste nicht einmal gelungen ist. Besser können die hohen Tranden der Bundeshauptlinge wohl nicht widerlegt werden, zumal Hamburg bis vor Jahresfrist einer der besten Stützpunkte des Bundes war. Und am Jahresabschluss soll der Tanz um das goldene Kalb, um die Invalidentafel der Hamburger, losgehen! Wird das ebenso „gemüthlich“ werden wie es bei Erbschaftsregulierungen oft der Fall ist? Wir trinken einhweilen ein Röm um Beer auf das weitere „Blühen“ und „Gedeihen“ des „jubilierenden“ Ortsvereines Hamburg!

Schon wieder ein reisendes Verbandsmitglied als Landstreicher inhaftiert. In der Mannheimer „Vollstimme“ wird dieser dortselbst vorgekommene Fall in breiter Ausführlichkeit und in einer für unsre Organisation recht schmeichelhaften Weise besprochen. Der reisende Kollege schildert den Fall folgendermaßen: Am 8. September nachmittags 2 Uhr in Mannheim zureisend, begab ich mich zur Restauration nach der Herberge zur „Heimat“. Um 4 Uhr nach der Buchdruckerei „Vollstimme“ gehend (in dieser Druckerei steht der Kassierer des Bezirksvereines), wollte ich mich um Arbeit bemühen, konnte jedoch keine bekommen. Da ich noch im Besitze von 30 Pf. war, hielt ich mich dann bis abends 6 Uhr in der Herberge auf, von wo ich dann zur Ausgabe der Bepflegungsmarken ging. Hier wurde mir nach Durchsicht meiner Papiere seitens eines Gemeinpolizisten der Bescheid, daß ich des Landstreichens verdächtig in Haft genommen werde. Gegen 10 Uhr wurde ich dann dem Amtsgerichtsgefängnisse zugeführt, woselbst ich sogleich als „Landstreicher tituliert“ und auch mit den üblichen Nebenbemerkungen bedacht wurde. Freitags dem Bezirksamte vorgeführt, wurde trotz meines Appells und trotzdem, daß ich durch mein Verbandsbuch den Nachweis erbrachte, daß Landstreicherei ausgeschlossen sei, verurteilt, mich weiter in Haft zu belassen. Auf meine Bitte, mich an den zuständigen Verbandsverwalter wenden zu dürfen, erhielt ich die Erlaubnis zum Schreiben, jedoch die Herren Aufseher hatten keine Zeit, mir Schreibmaterial auszubändigen und so verzögerte sich die Sache bis Freitag abends, zu welcher Zeit ich nach mehrmaligen Anfragen das Bewilligung erhielt. Nach fünfstägiger Haft wurde ich am 13. September nachmittags aus der Haft entlassen mit dem Bemerkens, daß man es mir nicht an der Nase ansehen könne, ob ich mich um Arbeit bemüht habe und ob meine weiteren Angaben betreffs des Verbandes auf Wahrheit beruhen. Erwähnen will ich noch die Behandlung durch die Aufseher, welche sehr viel zu wünschen übrig läßt. — Der betreffende Kollege hatte bis zum 24. Mai in Braunsberg in Ostpreußen gearbeitet und ging von da auf die Reise. Am 22. Juni trat er in Stolp in Kondition, wurde aber am 26. desselben Monats krank und blieb bis zum 11. Juli im Krankenhaus. Er ging dann wieder auf die Waise, mußte jedoch vom 12. bis 24. August abermals in einem Krankenhaus (Erfurt) verweilen. Abgesehen von den Krankentagen war der Kollege 75 Tage, seit seiner letzten Kondition nur 46 Tage arbeitslos gewesen. Und trotzdem

Landstreicher! Die Mannheimer Polizei bzw. der Bezirksamtman schickten endlich am dritten Tage einen Schutzmann aus zur Untersuchung der von dem Inhaftierten gemachten Angaben. Aber auch dann noch mußte der Gauvorsetzer Fußs sich ganz energisch ins Mittel legen, um die Entlassung des Eingekerkerten am fünften Tage zu erreichen. Der Gauvorstand wird hoffentlich eine Beschwerde beim Ministerium einreichen, damit, wie in Bayern, die Polizeibeamte generell belehrt werden, daß bei einem reisenden Mitgliede des Verbandes der Deutschen Buchdrucker dank der Einrichtungen in unsrer Organisation der Verdacht der Landstreicherei keine Begründung finden kann.

In München fand am 18. September wieder eine Gehilfenprüfung statt in den Räumen der Hofbuchdruckerei Dr. C. Wolf & Sohn. Das Resultat derselben, es unterzogen sich ihr 13 Setzer, 9 Maschinenmeister und 2 Schweizerdegen, kann als befriedigend bezeichnet werden. In der theoretischen Prüfung erhielten nämlich fünf Prüflinge die Note I, acht die I bis II, drei die II, sieben die II bis III, einer die III; in der praktischen einer die I, sieben die I bis II, neun die II, sieben die II bis III.

Die Revision des Redakteurs Garbe vom „Vollstblatt“ in Kassel wegen Boykottierung von Geschäftsleuten wurde vom Reichsgerichte verworfen; S. muß also seine vier Monate abtun. Derselbe hatte nämlich die Leser seines Blattes aufgefordert, nur diejenigen Geschäftsleute zu unterstützen, die im „Vollstblatt“ inserieren und dazu bemerkt, er werde vom nächsten Quartale ab jede Woche eine Liste derjenigen Geschäftsleute veröffentlichen, die im „Vollstblatt“ nicht inserieren. Infolge dieser Notiz haben sich einige Geschäftsleute, wie sie vor Bericht befunden haben, gezwungen gesehen, dem Blatte eine Anzeige zu überweisen. Das Verfahren des „Vollstblattes“ wurde seinerzeit auch im „Vorwärts“ kritisiert. Aber abgesehen davon bleibt unser Standpunkt in Fragen des Boykotts der alte; erst in Nr. 108 verlangten wir in der Notiz „Arbeitsbergeitung gegen Arbeitsbergeitung“ wieder gleiches Recht für alle auch nach dieser Richtung.

In Rottbus erhielten bei der Gewerbegerichts-wahl die Kandidaten der freien Gewerkschaften 517, die Gegenpartei (Hirsch-Dunderianer, der Werkmeisterverein, der evangelische Arbeiter- und der evangelische Männer- wie auch der katholische Arbeiterverein) nur 83 Stimmen. Und dieses Resultat trotz größter Anstrengungen dieser vereinigten Gruppe!

Zur Frage des zehnstündigen Maximalarbeits-tages in Fabriken, die nach einer von uns in Nr. 106 besprochenen Mitteilung der „Sozialpolitischen Rundschau“ in der nächsten Tagung des Reichstages einer für die Arbeiterchaft günstigen Lösung entgegengeführt werden soll, spricht sich die „Soziale Praxis“ im entgegengekehrten Sinne aus. Nach ihrer Ansicht wäre wohl eine Regierungs-vorlage über die Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen in Fabriken zu erwarten, zu einer allgemeinen gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit sei aber in Regierungskreisen wenig Neigung vorhanden. Die Nachricht von der Einberufung des Reichstages schon im Oktober ist ebenfalls als unzutreffend bezeichnet worden.

Ueber die Krankenversicherung der Haus-gewerbetreibenden veranlaßt das preussische Handelsministerium gegenwärtig eine Umfrage bei den Gemeinden (die bekanntlich schon örtlich die Zwangsversicherung dieser Berufsgruppe anordnen konnten) zum Zwecke einer späteren reichsgesetzlichen Regelung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Die Rentenausschereien im Kreise Wanzleben (Prov. Sachsen) stellen jedenfalls der von der Regierung zwecks Abwendung einer Beitragserhöhung zur Invalidenversicherung angeordneten Nachprüfung der Rentenbewilligungen das schlechteste Zeugnis aus. Der Kreisarzt Dr. Thilo hat in gerabete empörender Weise seines Amtes gewaltet. Krüppeln — namentlich weiblichen Geschlechtes — bei denen eine Besserung ihres Zustandes bzw. ihrer Erwerbsunfähigkeit völlig ausgeschlossen, wurde entweder die Rente herabgesetzt oder, was sehr häufig vorgekommen, denselben mit allen Mitteln der Ueberredung so lange zugehelt, bis die armen eingeschüchterten Menschen auf die ihnen zuzehende Rente „verzichteten“! Einige derselben erhoben später den Einwand, daß sie gar nicht gewußt, was sie eigentlich unterschrieben und verlangten ihre Rente weiter, wurden aber mit diesen Ansprüchen auf Grund ihrer Berzichtleistung abgewiesen. Das denkbare rücksichtslose Verfahren des Dr. Thilo hat nun nicht nur in der Arbeiterpresse, namentlich der „Vollstimme“ in Magdeburg, sondern auch in bürgerlichen Blättern schärfste Beurteilung gefunden. Es ist sogar eine besondere Stelle errichtet worden, wo alles Material über die Thilowschen Praktiken gesammelt wird zum Zwecke einer Förderung der Angelegenheit im Reichstage. Die öffentliche Meinung ist in jener Gegend über diese Vorfälle dermaßen erregt, daß man sich schon bequemt, ihr einigermaßen Rechnung zu tragen. Eine Anzahl der unter der Vorkhaltung des „Rentenrevolvers“ zusammengekauften Personen ist nämlich aufs neue untersucht worden, woraufhin die Rente in vielen Fällen wieder zuerkannt wurde. Der Dr. Thilo ist damit ganz gehörig desavouiert worden, aber abgesehen ist damit die Sache nicht, weder für den übereifrigen Kreisarzt, noch für die Defensivität.

Unter der Stichmarke „Soziale Steuerpolitik“ ging in den letzten Wochen eine Notiz durch die Arbeiter-presse, die man tief, ganz tief hängen muß, damit jedweder Deutsche sich davon überführen kann, wie tabellos die Steuerdrücke funktioniert, wenn es sich um einen armen

Teufel handelt. Aber nicht um einen solchen handelt es sich in dem vorliegenden, augenscheinlich in Berlin spielenden Falle, sondern um etwas schlimmeres: um einen Krüppel, der nur an zwei Stößen gehen kann. Derselbe soll nämlich Einkommensteuer bezahlen, obwohl er in der betreffenden Periode 282 Tage in Heilanstalten verbringen mußte, also nichts verdient hat. Seine Frau ist allerdings zur Arbeit gegangen, um mit ihrem Kinde nicht zu verhungern; ihr Gehaltsverdienst betrug aber auch nur 464 Mk. Die Steuerbehörde rechnet dem bedauernswerten Manne nun folgendes „Einkommen“ heraus: Krankengeld vom 26. Mai bis 6. Juni 1903 nach Abzug von drei Karenztagen 9 Mk.; Wert des Unterhaltes in der Heilanstalt vom 6. Juni bis 19. September 1903 = 105 Tage à 80 Pf. = 84 Mk.; Familienunterstützung in der gleichen Zeit von 15 Wochen à 4,50 Mk. = 67,50 Mk.; Wert des Unterhaltes in der Charité vom 6. Oktober 1903 bis 31. März 1904 = 177 Tage à 80 Pf. = 141,60 Mk.; Krankengeld vom 19. September bis 6. Oktober 1903 = 2½ Wochen à 9 Mk. = 22,50 Mk.; Familienunterstützung vom 6. Oktober bis 26. November 1903 = 7 Wochen à 4,50 Mk. = 31,50 Mk.; Verdienst der Ehefrau vom 30. Mai 1903 bis 2. April 1904 463,99 Mk.; zusammen in rund 10 Monaten 820,09 Mk. Das Jahreseinkommen ist hiernach anzunehmen auf rund 480 Mk.; ab für ein Kind 50 Mk.; bleibt steuerpflichtig 930 Mk. Auf diese geradezu verblüffende Weise wird also von dem Steuerfiskus dem Krüppel planmäßig gemacht, daß sein „Einkommen“ die Höhe von 900 Mk. übersteigt, er also dem Staate doch tributpflichtig ist. So etwas erlebt man in dem Lande der Sozialreform, das in St. Louis mit seiner Arbeiterfürsorge alle anderen Länder überflügeln will! So wird in Preußen ein Krüppel unter die Steuerpresse genommen, wo ja Viele, Viele nicht dem Staate geben, was des Staates ist. Kommen wir doch in Nr. 47 d. Z. melden, daß infolge von Beanstandungen der Steuererklärungen von Personen mit über 3000 Mk. Einkommen 198 Millionen Mark im Jahre 1903 mehr an Einkommen ermittelt wurden, was der Finanzminister seinerzeit im preußischen Abgeordnetenhaus geblühend annagelte. Und das waren doch nur die erkappten Steuerhinterzieher! Der Berliner Fall ist einfach beschämend. Den Gedanken aber, wie derselbe erst in anderen deutschen Vaterländern, allwo man die Steuerfahne noch etwas kräftiger ansetzt (Sachen sowie die Duodezblätter), auslaufen würde, wegen wir gar nicht auszubedenken.

Die Lebensmittelpreise steigen! Die Aussichten für den Arbeiterhaushalt gestalten sich für den Winter trübe. Wie vorauszu sehen, ist der Mißschlag der großen Trockenheit dieses Sommers auf die Preisgestaltung der Nahrungsmittel nicht ausgedehnt. Seit Monaten schon haben dieselben zum Schreden aller Hausfrauen steigende Tendenz. Selbst diejenigen Waren, welche gegen das Vorjahr bislang noch keine Erhöhung erfahren, sind jetzt im Steigen begriffen, so daß eigentlich nur noch Reis und Gerste bei den vorigen Preisen stehen geblieben. Die zu erwartende schlechte Kartoffelernte wirkt zudem noch besonders preissteigernd auf Brotgetreide und Mehl. Die Fleischpreise könnten möglicherweise eine Verminderung erfahren, da die Landwirte wegen des eintretenden Futtermangels viel Vieh auf den Schlachtmarkt werden bringen müssen. Ob davon aber im Detailband etwas zu spüren sein wird, ist eine andre Frage; für Schweine und Rindvieh sind z. B. die Preise im Großhandel schon im August zurückgegangen, ohne daß die Fleischpreise eine Herabsetzung erfahren.

39 Todesfälle durch Hunger wurden in den letzten zwölf Monaten in London amtlich festgestellt. Natürlich kommen alljährlich noch ungezählte Scharen eines langsamen Todes vor Not und Entbehrung um. Wie groß das Elend in der englischen Hauptstadt ist, beweist eine Anfrage in den „Times“, wie am besten 122000 hungrige Elementarschulkinder, die nachweislich jeden Morgen ohne einen Zuzug fortgeschickt werden, zu speisen wären. Die Privatwohlthätigkeit reicht bei weitem nicht mehr aus, hier hindernd einzugreifen.

Ueber den Generalstreik in Italien — die „Leipz. Volkszeitung“ spricht von einem Generalstreik in Gänsefüßen — lauten die Nachrichten so verworren und widersprechend, wie sie bei der von den italienischen Behörden geübten Despeschenzensur nur sein können. Von der Mailänder Arbeitskammer ging der Ruf zu einem Demonstrationstreik gegen die blutigen Taten der Solbateska in Vuggero und Castelluggo aus, den die sozialdemokratische Partei sodann als allgemeine Lösung ausgab. Allgemeine Befolgung hat sie indes nicht gefunden. In Mailand, Monza und Genua setzte die Ausstandsbewegung zuerst ein. In Mailand konnten die Zeitungen nicht erscheinen, der Streik war dort — bis auf die Eisenbahner — anscheinend ein allgemeiner; nur in den Genossenschaftsbetrieben soll gearbeitet sein. Zu größeren Zwischenfällen kam es bei den Demonstrationen nicht. Am 21. September sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden, da der 20. ein Nationalfeiertag ist. In Monza ruhten 30 Fabriken, zum 19. d. Mts. war die Wiederaufnahme der Arbeit beabsichtigt. In Genua ist es am lebhaftesten hergegangen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es Verwundete und Tote gab; doch sind die Nachrichten darüber übertrieben. Am 19. d. Mts. war der Ausstand beendet; der unterbrochene Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen, auch die Fabenarbeiter gingen wieder an die Arbeit. In Turin kam es ebenfalls zu einer kurzen, nur partiellen Arbeitseinstellung und zu Tumulten. In Florenz und Livorno sollte die Arbeit für 24 Stunden ruhen;

was geworden ist, weiß man noch nicht. Auch in Bologna, Parma und Forlì ist nach kurzer Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen. Zwischen Benedig und Mestre ist der Eisenbahnverkehr wieder hergestellt. In Benedig traten die Angestellten der Kanalampfer am 18. d. M. in den Streik, an demselben Tage auch die Straßenbahner in Neapel. Der Ausbruch von Streiks wurde auch aus Pisa, Prato, Rimini und Ferrara gemeldet; doch ist es hier kaum zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung gekommen, ebensowenig wie in Rom, wo hauptsächlich nur die Straßenbahner und die Kupfer streikten. Außer in Genua kamen noch in einigen kleineren Orten blutige Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vor.

Die Landarbeit in Magliano Sabina haben nun wegen zu geringer Zugeländnisse das Vieh der Hutbesitzer ihrem Schicksale überlassen; 150 Streikbrecher wurden abgefangen und zur Umkehr veranlaßt. — Die sozialistischen Gemeinderäte forderten die Regierung auf, die Intervention der Truppen bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit zu unterlassen. Ministerpräsident Giolitti antwortete telegraphisch, es handle sich in Vuggero um ein unglückliches Geschehnis, es sei eine strenge Untersuchung zur Feststellung der Schuldigen angeordnet. Die Soldaten wären dort aber angegriffen und hätten sich gegen eine Ueberzahl verteidigt. Er sei immer dafür gewesen, daß Militär sich nicht in bürgerliche friedliche Konflikte einzumischen habe. Diese Erklärung wird als eine der Regierung mit den Demonstrationstreiks abgerungene Konzession bezeichnet, von anderer Seite wird jedoch der Rücktritt der Regierung gefordert. — Die neuesten Meldungen besagen, daß in den größeren Orten die Streikbewegung erfolglos ist mit Ausnahme von Mailand. In Porto Nuovo ist es noch zu sehr heftigen Krawallen und Anhaftung der Eisenbahnzüge gekommen.

Die Gold- und Silber Spinner in Roth a. S. wurden in einen Abwehrstreik gedrängt, die Plätter und Plätterinnen haben sich ihnen angeschlossen. — In Pirmanens hat der Ausstand der Zwicker in einer Schußfabrik ein großes Gendarmenaufgebot zur Folge gehabt, weil nach Angabe der betreffenden Fabrik (Koppe) die Arbeitswilligen belästigt werden; wovon aber noch nichts zu merken war. — Die Maurer in Königsberg haben nach einer Dauer von 24 Wochen den Streik mit einem Vergleiche beendet, der allerdings nicht vorteilhaft für die Ausständigen ist. — Der Ausstand der Brauereiarbeiter in Hamburg, welcher seit dem 9. Mai dauert, ist nun endlich beendet und der Bierhottot aufgehoben. Der Verein der Brauereien erklärte sich zur Zurücknahme der anhängig gemachten Klagen bereit, was der einzige Erfolg zu sein scheint.

In Lancashire ist es bei dem Streik der Weber zu heftigen Tumulten gekommen. Die Transporte der Arbeitswilligen wurden von der empörten Menge mit Steinen bombardiert. Die zu Hunderten zusammengezogenen Schutzleute zu Fuß und zu Pferde hatten verschiedene Anführer zu besteuern, es stieß viel Blut. Auf dem Bahnhofs Charlesston fand ein regelrechter Angriff bei Eintreffen des Streikbrecherzuges statt; 100 Polizisten konnten aber die Menge zurückdrängen.

#### Gingänge.

Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Im Auftrage der Wiener Graphischen Gesellschaft herausgegeben von Heinrich Feige, Wien VII/2. Heft 8 des VI. Jahrganges. Preis pro Jahrgang 6 Mk. Einzelnummer 50 Pf.

Der Stereotypen, Graphischer Anzeiger. Erscheint vierteljährlich einmal. Abgabe kostenfrei, wenn vom Verleger bewilligt. Redigiert und verlegt von Karl Kempe in Nürnberg.

Unterrichtsbriefe für das Selbststudium der lateinischen Sprache. Vom Gymnasialoberlehrer Dr. Chr. Noeje. Verlag: E. Haberland, Leipzig-M., Krusenstraße 4/6. — Brief 28 bis 32. Alle 14 Tage erscheint ein Brief von mindestens 16 Druckseiten, zusammen 45 Briefe à 50 Pf. Die uns vorliegenden Unterrichtsbriefe 28 bis 32 bilden den Schluß des II. Kurses, der ungefähr das Pensum der Tertia und Sekunda umfaßt.

Das sächsische Volksschulwesen. Eine zusammenfassende Darstellung der sächsischen Schulverhältnisse von Rühle. Verlag: Leipziger Nachr. u. W., Leipzig. 50 Pf.

Reichs Taschenatlas über alle Teile der Erde in 36 Haupt- und 70 Nebenteilen. Mit geographisch-statistischen Notizen von Otto Weber. Gebunden 2,50 Mk. Verlag: Deutscher Verlags-Anstalt, Stuttgart. Der in Formate eines handlichen Notizbuches gehaltene Taschenatlas, den man ganz bequem stets bei sich tragen kann, bietet ein alle Teile der Erde umfassendes Kartenmaterial nebst den Plänen der wichtigsten Städte usw. und außerdem noch eine erstaunliche Menge von geographisch-statistischen und geschichtlichen Notizen. Die Kunst, auf kleinem Raume möglichst viel zu bieten, kann kaum noch weiter getrieben werden. Dabei sind die Karten von größter Sauberkeit und Klarheit.

Die Tätigkeit des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland nach dessen V. Parteitag. Bericht für den internationalen sozialistischen Kongress in Amsterdam.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Verlag: Gustav Fischer, Jena. Band III, Nr. 4, 5 u. 6. Abonnement pro Jahr 7,50 Mk.

#### Briefkasten.

A. in Göttingen: Druckachen erhalten; sind uns aber über die Sache noch nicht ganz klar, da ganz willkürlich

Abattfäße und Zeilenpreise angenommen sind. Wären Ihnen verbunden, wenn Sie uns das etwas ausführlicher auseinanderzusetzen wollten. Gruß! — S. in Hanau: Diese eigenartig gelagerten Umstände waren natürlich unjerm Kritiker nicht bekannt, aber sie erscheinen ihm auch stichhaltig. Im übrigen geht sein Rat dahin, bei jeder Gelegenheit so lange ins . . . zu steigen, bis die gefährdeten nassen Füße da sind. Die Folgen sind nicht so schlimm. — L. B. in Heidelberg: Georg Erler, Berlin SO 36, Maybachufer 24; vorausgesetzt, daß nicht bezogen. — R. in Bant: 4,55 Mk. — U. P. in Elberfeld: 11,05 Mk. — M. in Bielefeld: 3,30 Mk. — E. in Hannover: Bringen Sie diese Notiz in dem demnächstigen Verbandsberichts unter; als Verbandsnachricht nicht üblich.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

### Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. Oktober neu erscheinen soll, eruchen wir diejenigen Herren Bezirksvorsteher und Kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. April 1904) bezogen, dies jedoch im „Corr.“ nicht mitgeteilt haben, eine etwaige Veränderung ihrer Adresse möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 22. September — nach hier bekannt zu geben. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im Oktober) verziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls mitteilen.

Berlin.

### Hauptverwaltung.

Frankfurt-Oeffen. Abrechnung pro 2. Quartal 1904. Verbandskasse: Einnahme (einschl. 4000 Mk. Vorschuß) 25 394,70 Mk., Ausgabe 15 675,29 Mk., zurückbehaltener Vorschuß pro 3. Quartal 8000 Mk., an den Hauptkassierer eingekandt 1716,41 Mk. — Kasse: Einnahme (einschließlich 15 618,07 Mk. Vermögen) 19 203,41 Mk., Ausgabe 4896,24 Mk., Vermögen am Schluß des 2. Quartals 14 307,17 Mk. Vorausgab wurden an Reise-Unterstützung 1941,10 Mk., Arbeitslohn-Unterstützung 2942,25 Mk., Unterstiftung nach § 2 und Umzugskosten 188 Mk., außerordentliche Unterstiftung 125 Mk., vorübergehend Arbeitsunfähige 7188,10 Mk., dauernd Arbeitsunfähige 1752 Mk., Begräbnisgeb 900 Mk. — Aus der Zentralinvalidenkasse i. H. v. wurden 7 Invaliden mit 637 Mk. unterst. — Bewegungsstatistik: Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1904: 1604, neu eingetretene 73, wieder eingetretene 14, zugereist 106, vom Militär 2, wieder erwerbsfähig 1, zusammen 1800; abgereist 111, ausgetreten 4, ausgeschloffen 17, invalide 1, gestorben 6 (außerdem 1 Invalide), Ende des 2. Quartals 1904: 1661. — Arbeitslos waren 143 Mitglieder 3437 Tage; krank 201 Mitglieder 5390 Tage. — Zahl der Druckorte 38. — Eingang der Bezirksabrechnungen: Sieben 24. Juli, Offenbach a. M. 4. August, Marburg a. L. 15. August, Frankfurt a. M. 25. August, Kassel 5. September. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das 3. Quartal mit 13 Wochen am 24. September abschließt, das 4. Quartal dagegen mit 14 Wochenbeiträgen zu verrechnen ist.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Sitzung des Obligtätigkeitsausschusses Sonntag den 25. September, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale (M. Franzen), Michaelisstraße 46. Der verehrl. Mitgliedern zur Nachricht, daß für das Winterhalbjahr wieder der erhöhte Gaubetrag mit 15 Pf. erhoben wird. Die erste Zahlung mit 25 Pf. ist zu leisten am 1. Oktober.

Bezirk Halberstadt. An Stelle des von Halberstadt verziehenden Kollegen G. Zeutge wurde der Kollege Heinrich Kruse, S. d. Münze 17, zum Bezirksvorsitzenden gewählt.

Bant-Wilhelmshafen. Der Seher Emil Klein, zurzeit in Dortmund, wird hiermit aufgefordert, sofort seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Elberfeld. Der Seher Karl Boshwinkel aus Halber, jetzt angeblich in Witten konditionierend, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Halber nachzukommen, andernfalls er seine Mitgliedschaft für dauernd verliert.

Hannau a. M. Die Adresse des Vorsitzenden S. Salomon ist bis auf Widerruf noch Langstraße 75 p. (Dahin wolle man die Notiz in voriger Nummer des „Corr.“ richtig stellen.)

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einnahmen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beizugänge Adresse zu richten):

In Berlin die Seher 1. Fritz Funke, geb. in Wärowalde 1885, ausgl. das. 1903; 2. Otto Gert, geb. in Wolgast 1886, ausgl. das. 1904; 3. Ernst Schiele, geb. in Berlin 1884, ausgl. in Groß-Lichterfelde 1903; 4. Ernst Schneemann, geb. in Liegnitz 1845, ausgl. in Berlin 1904; 5. Fritz Tilgner, geb. in Berlin 1886, ausgl. das. 1904; die Drucker 6. Eglhoff Ott, geb. in Weigen a. R. 1885, ausgl. in Straßburg 1902; 7. Max Pöhlke, geb. in Berlin 1883, ausgl. das. 1904; 8. der Gießer Heinrich Rosa, geb. in Rio de Janeiro 1870, ausgl. das. 1898; die Stereotypen 9. Johann Ehruscinski, geb. in Schwyz 1858, ausgl. in Berlin 1885; 10. Paul Reizig, geb. in Berlin 1866, ausgl.

